

Dranbleiben

Viele Freunde haben sich die Kirchenleitungen in Deutschland nicht gemacht, als sie beim letzten „Spitzengespräch“ zwischen Vertretern der Kirchen und des Deutschen Sportbundes ihr Anliegen vortrugen, künftig den Sonntag möglichst sportfrei zu halten. Noch weniger Zustimmung fand die im Anschluß an das „Spitzengespräch“ von Kardinal Höffner öffentlich vortragene Forderung, die Spiele der Fußballbundesliga vom Samstag auf die Wochentage zu verlegen, damit der Samstag für den Wettkampfbetrieb anderer Klassen genutzt und damit der Sonntag – vor allem der Sonntagvormittag – von Wettkampfspielen ganz entlastet werden könne.

Die Forderung in sich war zwar nicht einmal neu. Sie wurde ja hin und wieder auch schon innerhalb des Deutschen Fußballbundes ventiliert. Aber die Reaktionen fielen gerade wegen des Bezugs zum Sonntag eher heftig aus. „Illusorisch“, „ein frommer Wunsch“, „unmöglich“ lauteten fast unisono die Reaktionen von Sportfunktionären. Der „Sportkalender“ sei lückenlos ausgebucht. Wenn die Spiele der Senioren sowie der A- und B-Jugend auf Samstag verlegt würden, damit der Sonntag vom Wettkampfsport frei werden könne, bleibe kein Raum mehr für die Spiele der Jüngeren. Möglich wäre das nur, wenn dafür die Sportplätze verdoppelt würden, und daß dies illusorisch sei, müsse jedermann einleuchten.

Manche Pressekommentare wirkten kaum freundlicher. *Günter Zehm*, Kulturchef der „Welt“, verstieg sich gar zur Behauptung, am Sport liege es am allerwenigsten, wenn sich die Kirchen leerten, einseitig politische Predigten trügen dazu sehr viel mehr bei. Von beiden, von Sportfunktionären und Medien wurde darüber hinaus vor allem das Familienargument ins Feld geführt: Der Sonntag sei gerade für Familien Sporterholungstag.

Es half auch wenig, daß die mit Sportfragen befaßten Kirchenvertreter versicherten, man wolle weder den Familiensport beeinträchtigen, sondern lediglich den Sonntag möglichst wettkampffrei halten, noch wolle man das Problem auf die Konkurrenzsituation Sportwettkampf – Gottesdienst am Sonntagmorgen reduzieren, sondern man wolle einer neuen Kultur des Sonntags als öffentlichem Ruhetag vorarbeiten.

Daß die Reaktionen ungefähr so ausfielen, war zu erwarten. Der Sport als Breiten- und Profisport ist zu einem der öffentlichen Heiligtümer geworden, an denen – selbst wenn es nur um terminliche Verlagerungen von Wettkämpfen geht – niemand zu rütteln wagt. Dennoch sollten die Kirchen ihr Ziel unbeirrt im Auge behalten. Der Raum für Freizeit wird größer. Dies schafft auch die Möglichkeit, sie neu zu organisieren und wenigstens an einem Tag in der Woche Raum zu lassen für eine wirklich freie Zeit der Besinnung, um jenseits der durch die gegenwärtige Freizeitkultur neu geschaffenen Riten und Zwänge zu sich selbst zu kommen.

Als der Sonntag von immer mehr profanen Beschäftigungen besetzt wurde, hinkten die Kirchen – aussichtslos in die Defensive geraten – hinterher. In der seit einiger Zeit neu entfachten Diskussion um eine neue Sonntagskultur sind sie Vorreiter. Der Sinn dafür könnte weit über die sonntäglichen Kirchgänger hinaus bald einmal wachsen. se

Neuer Mann

Wo in den letzten Monaten über die Nachfolge von Landesbischof *Eduard Lobse* im Amt des EKD-Ratsvorsitzenden spekuliert wurde, fiel gewöhnlich auch der Name *Martin Kruse*. Allerdings war auch zu hören, der Bischof der Westregion der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg wolle von einer Kandidatur für das höchste

Amt im deutschen Protestantismus Abstand nehmen, um sich auch weiterhin mit ganzer Kraft seiner schwierigen Großstadtkirche widmen zu können. Tatsächlich erklärte sich Kruse bei der Tagung der EKD-Synode in Trier (vgl. ds. Heft S. 547) erst in letzter Minute zur Kandidatur bereit, nicht zuletzt unter dem Eindruck der überaus frustrierenden Wahlprozedur für den Rat, der erst nach dreizehn Wahlgängen zustande kam. Daß er von vornherein der Wunschkandidat vieler Synodaler gewesen war, zeigte das Ergebnis: Der 56jährige Berliner Bischof wurde im ersten Wahlgang mit 106 von 121 abgegebenen Stimmen zum neuen Ratsvorsitzenden gewählt. Ebenso glatt verlief die Wahl des Bischofs von Kurhessen-Waldeck, *Hans-Gernot Jung*, zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden als Nachfolger von *Helmut Hild* (Hessen-Nassau). Jung war vielfach auch als Kandidat für den Ratsvorsitz behandelt worden.

Der scheidende Ratsvorsitzende Lohse ließ in seinem Bericht vorsichtigen Optimismus im Blick auf die Zukunft des deutschen Protestantismus erkennen: Es habe sich herausgestellt, daß die tragende Grundüberzeugung in der Volkskirche stärker sei, als manche skeptische oder kritische Urteile ihr zugetraut hätten. Es gehe jetzt darum, die unterschiedlichen Gruppen und vielfältigen Aktivitäten so zusammenzuhalten, „daß alle einander kritisch befragen, aufeinander hören und die Bereitschaft zu einer allseitigen Lerngemeinschaft behalten“.

Für diese Aufgabe bringt sein Nachfolger gute Voraussetzungen mit: Unter seiner Führung ist es der Westberliner Kirche gelungen, aus belastenden Polarisierungen und hektischen Auseinandersetzungen herauszufinden. Allerdings hat Kruse, der seit 1977 in Berlin amtiert (zuvor war er unter anderem Studiendirektor des Predigerseminars Loccum und Landessuperintendent in Stade), bei allem Bemühen um Integration im gegebenen Fall klare Stellungnahmen nicht gescheut. Das zeigte nicht zuletzt sein nicht unumstrittener Brief an die Berliner Protestanten auf dem Höhepunkt der Hausbesetzer-Unruhen.

Mit Kruse wurde ein Mann zum Ratsvorsitzenden der EKD gewählt, der sich über den Zustand der Volkskirche kaum Illusionen machen dürfte; schließlich ist der Säkularisierungsprozeß kaum irgendwo weiter fortgeschritten als in Berlin. Als Bischof der Stadt hat sich Kruse bisher durch intensiven persönlichen Einsatz in der Verkündigung darum bemüht, den christlichen Glauben und die Kirche zumindest als Angebot präsent zu halten. In einem Interview kurz nach seiner Wahl an die Spitze des Rats der EKD nannte er jetzt als einen Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit, die evangelischen Christen dazu zu befähigen, ihren Glauben auch öffentlich auszusprechen.

Dem fügte er als zweiten Punkt hinzu, die ökumenischen Dinge müßten auf allen Feldern weitergetrieben werden. Kruse gehört seit der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver, bei der er sich als Mitglied der bundesdeutschen Delegation stark engagierte, dem Zentralausschuß des Weltkirchenrats an. Erfahrungen in der *katholisch-evangelischen Ökumene* sammelte er nicht zuletzt als Mitglied der nach dem Papstbesuch konstituierten Gemeinsamen Ökumenischen Kommission: Gemeinsam mit dem Würzburger Bischof *Paul-Werner Scheele* legte er auf der Synodaltagung dieses Frühjahrs in Berlin einen Zwischenbericht über die Kommissionsarbeit vor.

Wichtigste Aufgabe des neuen Ratsvorsitzenden wird es allerdings sein, den deutschen Protestantismus in der *Öffentlichkeit zu repräsentieren* und sich um *Ausgleich* zwischen den verschiedenen Interessen, Gruppen, Flügeln, Landeskirchen und landeskirchlichen Zusammenschlüssen zu bemühen. Anschauungsunterricht für die divergierenden Interessen bot die Wahl des neuen Rats, den ein epd-Kommentar ein „kirchenpolitisches Gesamtkunstwerk“ nannte. Trotzdem ist das Bewußtsein dafür gewachsen, daß die EKD längst mehr ist als ein bloßer organisatorischer Dachverband: In Trier wurde der neue Rat erstmals im Rahmen eines Abendmahlsgottesdienstes am Altar in sein Amt eingeführt. ru

Antisemitisch?

Es war zu schön, um wahr zu sein: Nach der Rede von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* zum 40. Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1945 schienen die Wolken vom jüdisch-deutschen Himmel mit einem Mal wie weggeblasen. Hier war es jemandem gelungen, einen Ton anzuschlagen, den gerade viele Juden angesichts einer Generation von Deutschen, die es sich als Vorzug anrechnen, nicht zu der Generation der Täter zu zählen, schon kaum mehr erwartet hatten.

Daß trotz solcher unzweifelhaften Erfolge in der jüdisch-deutschen Verständigung die Wirklichkeit noch allerhand Unaufgearbeitetes, noch manche Ängste und Ungereimtheiten zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland in Sachen Antisemitismus bereithält, wobei die Grenzen nicht einfach zwischen Juden und Nichtjuden verlaufen –, dies wurde im Zusammenhang mit der von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Frankfurt vorläufig verhinderten Uraufführung des Theaterstücks von *Rainer Werner Fassbinder*, „Der Müll, die Stadt und der Tod“, nur allzu deutlich. Abgesehen davon, daß der Kampf um das Stück trotz seiner Absetzung vom Spielplan durch den Intendanten des Frankfurter Schauspielhauses, *Günther Rühle*, allenfalls aufgeschoben ist, die Auseinandersetzung in der Sache, nämlich um den Umgang mit Jüdischem und Antisemitischem in der Kunst, wird noch zu führen sein.

Über die Qualität bzw. Nicht-Qualität des Fassbinder-Stückes braucht man eigentlich kein Wort zu verlieren. Als wenn Qualität immer das entscheidende Kriterium wäre ... In einer demokratischen Öffentlichkeit ist es Aufgabe der Kritik, Werk und Inszenierung einer bewertenden Analyse zu unterziehen, wobei es für ein Theater ein legitimes Abwägen gibt zwischen

einer möglichen Zweitrangigkeit eines Stückes und dem Interesse an einem Thema. Vor diesem Hintergrund ist es zu bedauern, daß das Stück nicht zur Aufführung für eine größere Öffentlichkeit kam. Wo die Verbreitung und Aufführung von künstlerischen Werken nur verhindert wird, ist in der Sache oftmals nicht viel gewonnen. Resentiments laden sich dadurch eher auf, als daß man sie abbaut. Die Vergangenheit des Verhältnisses von Kunst und Katholizismus hielte da einige Beispiele bereit.

Das zentrale Argument der jüdischen Bürger, die die Aufführung des Fassbinder-Stückes verhinderten, war der entschlossene Wille, dieses Mal rechtzeitig genug sich zu Wort zu melden, Alarm zu schlagen gegen etwas, was man für antisemitisch hält. Die große Frage von Juden an die Zeit nationalsozialistischer Terrorherrschaft in Deutschland ist bis heute: Warum haben wir uns nicht mehr gewehrt, rechtzeitig, zu einem Zeitpunkt also, zu dem vielleicht noch etwas zu machen gewesen wäre?

Fassbinders „reicher Jude“ und der neonazistische Zeug schwafelnde „Hans von Gluck“ überschreiten für die Gegner der Aufführung den Grad dessen, was in Deutschland vierzig Jahre nach Kriegsende noch als erträglich anzusehen ist. In dieser Beurteilung steht letztlich Meinung gegen Meinung. Gefühlsmäßiges spielt hier eine große Rolle. Angesichts von Angst und Schmerz, zumal von Juden, versagen alle gutgemeinten Gegenargumente.

Und dennoch wird man nicht einfach in den Chor derjenigen einstimmen können, die den Eindruck erwecken, als könne ein „guter“ Deutscher, ob Jude oder Nichtjude, nur für die Absetzung bzw. Verhinderung des Stückes eintreten. Verwunderte es nicht zu sehen, wie manch einer am Abend der beabsichtigten Uraufführung Verständnis fand für Formen des zivilen Ungehorsams, während er vor noch gar nicht langer Zeit an den Toren des Militärlagers von Mutlangen die bundesdeutsche Rechtsordnung in Gefahr sah? Brach hier nicht doch auch wieder eine für Deutsche nicht untypische